

No Billag: Extrem, aber nicht chancenlos

Die Volksinitiative ist gegen «Zwangsgebühren» gerichtet - könnte aber auch die SRG und viele private Radio- und TV-Stationen im Mark treffen. Die sieben wichtigsten Fragen und Antworten

VON DENNIS BÜHLER

1 Worum geht es?

Gemäss Verfassung müssen Radio und Fernsehen zu Bildung, kultureller Entfaltung, Meinungsbildung und Unterhaltung beitragen und dabei die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone berücksichtigen. Weil sich entsprechende Programme in der kleinräumigen Schweiz mit vier Landessprachen allein mit Werbung und Sponsoring nicht finanzieren lassen, wird von jeher eine Radio- und Fernsehgebühren erhoben. Die No-Billag-Initiative will diese Gebühr abschaffen, die ab 2019 nicht mehr geräteabhängig erhoben wird, sondern von jedem Haushalt zu leisten ist. Auch wenn der Betrag damit von 451 auf 365 Franken sinkt, stören sich die Initianten an dieser «Zwangsgebühr». Die Bürger sollten selbst entscheiden, für welche Medien sie wie viel Geld ausgeben. Die Befürchtung, dass bei einem Ja zu No Billag weder die SRG noch die dank des Gebührensplittings ebenfalls profitierenden privaten TV- und Radiostationen überleben würden, teilen sie nicht. Sie glauben: Wo eine Nachfrage besteht, entsteht auch ein Angebot.

2 Wer sind die Initianten?

Zürcher Jungfreisinnige entwickelten die Idee im Herbst 2013. Als Gesicht der Initiative aber diente lange Zeit der Schwyzer SVP-Politiker Olivier Kessler, der später seinen Parteiaustritt erklärte. Nach einem einjährigen Gastspiel als Chefredaktor der Rechtsausen-Postille «Schweizerzeit» arbeitet Kessler nun als Vizedirektor des Liberalen Instituts, einem staatskritischen Thinktank. Getragen wird No Billag von den Jungparteien von FDP und SVP sowie der Kleinstpartei «up! Schweiz». Im Komitee sitzen auch drei Nationalräte: Sebastian Frehner (SVP/BS), Lukas Reimann (SVP/SG) sowie Philippe Nantermod (FDP/VS).

3 Wie stellen sich die Parteien zur Initiative?



Droht der Sendeschluss? Die SRG steht im Zentrum der Debatte um die No-Billag-Initiative.

ENNIO LEANZA/KEYSTONE

Der Nationalrat empfahl No Billag mit 122:42 Stimmen bei 15 Enthaltungen zur Ablehnung, der Ständerat hatte dasselbe einstimmig getan. In der grossen Kammer votierte einzig die SVP mehrheitlich für die Vorlage, nachdem sie mit einem Gegenvorschlag gescheitert war, der die Gebühren auf 200 Franken pro Jahr begrenzt hätte. Die meisten Parteien haben noch nicht definitiv über ihre Parole entschieden. Mit einem Ja liebäugelt jedoch einzig die SVP. Gegen No Billag sind SP, Grüne, Grünliberale, EVP, CVP, FDP, BDP sowie der Bundesrat.

4 Wer mischt im Abstimmungskampf sonst noch mit?

Diverse Verbände und Vereine engagieren sich gegen die Initiative. So wirbt das eigens gegründete Bündnis «Nein zum Sendeschluss» für den «Erhalt eines starken audiovisuellen Service public» und Operation Libero warnt davor, No Billag entziehe den Bürgern Informationen und gefährde so die Demokratie. Addiert haben die beiden Vereine mittels Crowdfunding bereits rund 1,5 Millionen Franken gesammelt. Zum Vergleich: Online hat das Initiativkomitee Spenden in der Höhe von 150 000 Franken erhalten. Unterstützung erhält es vom Gewerbe-

band. Er stört sich primär daran, dass alle Firmen Gebühren entrichten müssen.

5 Hat die Initiative Chancen?

Ja. Nicht zuletzt, weil der politische Betrieb das radikale Begehren lange Zeit zu wenig ernst nahm. Und das, obwohl Beobachter seit Jahren darauf hingewiesen hatten, dass der Kampf gegen die Initiative kein Selbstläufer werden würde: So konstatierte die «Nordwestschweiz» bereits im August 2016 sowohl beim Bundesrat als auch der SRG-Spitze «Zweifel am Reformwillen». Im März 2017 schrieb sie dann, die bedrohliche Situation werde verkannt und forderte einen «Liebes-

entzug für die SRG», weil nicht auf dem Status quo beharren dürfe, wer Radio und Fernsehen retten wolle. Nun prophesien erste Umfragen ein knappes Ja. Allzu belastbar jedoch sind sie nicht: Zum einen wegen methodischen Ungenauigkeiten, zum anderen, da die Zustimmung zu Initiativen im Verlauf eines Abstimmungskampfes schwindet.

6 Hat die SRG einen Plan B für den Fall einer Annahme der Initiative?

Nein, heisst es dazu beim Medienunternehmen. «Wir handeln nicht unverantwortlich, wenn wir feststellen: Uns bleibt bei einem Ja nichts anderes übrig, als die SRG geordnet zu liquidieren», sagte Sprecher Daniel Steiner. «Ohne Gebühren können wir unserem Leistungsauftrag nicht annähernd gerecht werden.» Immerhin: Wie die «Nordwestschweiz» aus gut unterrichteter Quelle weiss, überlegt sich die SRG-Spitze, wie sie nach einer womöglich sehr knappen Ablehnung der Initiative auftreten soll. Offenbar ist sie bei einem für sie positiven Ausgang gewillt, rasch nach der Abstimmung darzulegen, in welchen Bereichen sie sich zugunsten der privaten Verlage zurücknehmen könnte. Der Hintergrund: Nach der bloss hauchdünn gutgeheissenen Revision des Radio- und Fernsehgesetzes 2015 versäumte es die SRG, den Verlegern entgegenzukommen. Mit dem Ergebnis, dass sich diese nun gar nicht oder nur zögerlich hinter die SRG stellen.

7 Haben die privaten TV- und Radiostationen einen Plan B?

Die meisten der 34 privaten Sender, die Gebühren erhalten, wären in ihrer Existenz bedroht. Besonders im TV-Markt sehen Experten schwarz. So sagt André Moesch, Präsident des Branchenverbandes Telesuisse: «Ohne Gebühren kann man in der Schweiz kein Regionalfernsehen machen.» Zumindest für den Grossraum Zürich widerlegt diese These der Sender Tele Züri, der zum Konzern AZ Medien gehört und ohne Gebührengelder auskommt.

Für eine vielseitige Fernsehlandschaft

Die «Zwangsgebühren» verhindern Wettbewerb und damit ein hochstehendes Fernsehangebot, findet Sebastian Frehner.

Im Normalfall können es private Unternehmen besser als staatlich geführte Betriebe. Während DDR-Staatsunternehmen längst der Vergangenheit angehören, haben sich Nestlé, Apple und Co. prächtig entwickelt. Dass Private zu bevorzugen sind, gilt auch für den Medien- und insbesondere für den TV-Bereich: Viele private Anbieter führen dazu, dass Wettbewerb herrscht und den Konsumenten qualitativ gute und günstige Leistungen angeboten werden.

Wie sieht die Fernsehlandschaft in der Schweiz heute aus? Die SRG hat ein Quasimonopol. Private Anbieter gibt es kaum und keiner hat es geschafft, sich zu einer ernsthaften Konkurrenz des Staatsfernsehens zu etablieren. Das liegt nicht vor allem daran, dass die SRG-Kanäle qualitativ per se besser wären als die Privaten. Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die SRG 91,5 Prozent der Mittel aus dem «Billag-Topf» von insgesamt 1,35 Milliarden Franken erhält. Geöffnet werden diese Gelder durch Zwangsgebühren. Private müssen jährlich 450 Franken pro Jahr bezahlen. Und alleine das Inkasso der Gebühren kostet 54 Millionen Franken.

Die von der Bevölkerung eingezogenen Zwangsgebühren führen nun also dazu, dass Wettbewerb verhindert wird und sich kein vielseitiger und qualitativ hochstehender Fernsehmarkt in der Schweiz entwickeln kann.

Die Frage, die sich nun noch stellt: Gibt es tatsächlich Leistungen, die für die schweizerische Gesellschaft von grossem Interesse sind, welche aber ein Privater nicht anzubieten bereit ist? Braucht es zum Beispiel ein staatlich gefördertes Sendeformat, um die sprachliche Vielfalt der Schweiz zu stärken? Die Beantwortung solcher Fragen ist wichtig für unser Land. Was bedeutet Service public? Wie wird er gewährleistet? Was darf er kosten? Wer bezahlt ihn? Leider haben sich die SRG, der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments bisher geweigert, auch nur über solche Themen zu sprechen. Auch während der Debatte über die No-Billag-Initiative im Parlament wurden jegliche Versuche, einen Kompromiss zu finden, im Keim erstickt.

Damit bleibt nur eine Möglichkeit, den ausufernden Moloch aufzuhalten: Sagen Sie Ja zur No-Billag-Initiative.



PRO

Sebastian Frehner
Nationalrat (SVP/BS)

DIE DEBATTE

Soll das Stimmvolk am 4. März die No-Billag-Initiative annehmen?

Die Idee für die No-Billag-Initiative entstand bei einem Bier. Kaum jemand hat damit gerechnet, dass der Abstimmungskampf derart emotional und intensiv werden wird. Sollen die Gebühren für Radio und Fernsehen abgeschafft werden? Darüber entscheidet das Stimmvolk am 4. März.

Was ist Ihre Meinung?
Diskutieren Sie online mit.



Ohne Gebühren werden Radio und Fernsehen so richtig teuer

Ohne Radio- und Fernsehgebühren drohen der Schweiz amerikanische Medienverhältnisse, schreibt Ständerat Claude Janiak.

Wer glaubt, er könne sparen, wenn er die No-Billag-Initiative annimmt, täuscht sich gewaltig: Das wird richtig teuer. Für den einzelnen Konsumenten, weil viele Angebote kostenpflichtig werden. Für die Schweiz, weil die anderen Sprachregionen zu klein sind für eigene Angebote. Für die Demokratie, weil wir dann amerikanische Medienverhältnisse haben werden.

Für Konsumenten wird das teuer, weil heute solidarisch alle Haushalte an die Radio- und Fernsehprogramme in der ganzen Schweiz bezahlen. Das ist wie bei der Krankenkasse: Ganz egal, was der einzelne konsumiert - jeder Haushalt zahlt mit. Solidarisch. Wird diese Gebühr abgeschafft, müssen sich alle Radio- und Fernsehanbieter entweder mit Werbung oder über Pay-TV-Einnahmen finanzieren.

Und das dürfte richtig teuer werden. Ein Beispiel: Das Sportpaket «MySports Pro» von UPC Cablecom kostet heute 25 Franken pro Monat - also 300 Franken im Jahr nur schon für Sportfernsehen. Selbst wenn alle Schweizerinnen und Schweizer solche Pay-TV-Abonnements abschliessen würden, wäre es teurer als heute. Das Radio- und Fern-

sehgesetz (RTVG) verpflichtet nämlich auch Firmen dazu, Gebühren zu bezahlen. Wird die Initiative angenommen, fallen alle Gebührengelder von Firmen weg. Eine Annahme käme die Haushalte schon deshalb teuer zu stehen.

Die SRG setzt die Gebührengelder so ein, dass alle Landesteile mit Radio- und Fernsehprogrammen versorgt werden können. Wir Deutschschweizer unterstützen also die anderen Landesteile in guter, eidgenössischer Solidarität. Ohne Gebühren wären wohl die Romandie und sicher das Tessin und die Rätromanen nicht mehr in der Lage, ein Fernsehangebot zu finanzieren.

Vor allem aber liessen sich nur noch Angebote finanzieren, die auch von einer Mehrheit konsumiert werden. Informationsangebote wie «Echo der Zeit», Sendungen für Minderheiten wie der «Kulturplatz» oder Eigenproduktionen wie der «Bestatter» würden verschwinden. Mit anderen Worten: Ohne SRG hätten wir in der Schweiz amerikanische Medienverhältnisse. Und das käme unsere Demokratie teuer zu stehen. Sagen Sie deshalb mit mir Nein zur radikalen No-Billag-Initiative.



KONTRA

Claude Janiak
Ständerat (SP/BL)